

CDU/CSU-Mittelständler: Die Bonner Nebenregierung
 Opposition und Gewerkschaft vermuten Konzernchefs als Souffleure der Kohl-Regierung. Tatsächlich klopft der Mittelstand seine Interessen fest – mit Hilfe von sieben Sympathisanten am Kabinetttisch.

Stille Macht.

Die Hinterbänkler probten den Aufstand. In der Fraktionssitzung verlangte CSU-Parlamentarier Ernst Hinsken, Bäcker und Konditor im niederbayerischen Haibach, die Einführung der steuerfreien Investitionsrücklage zugunsten des Mittelstandes. Andernfalls werde er mit seinen mittelständischen Kollegen

Solche Ergebnisse verblüffen intime Kenner der Machtstrukturen in Bonn längst nicht mehr. „So sind die Mittelständler eben“, kommentierte Arbeitsminister Norbert Blüm das Spiel mit verteilten Rollen: „Erst gehen sie drei Schritte vor, dann einen zurück, und schon haben sie zwei im Tango gewonnen.“



Ohne den Mittelstand läuft nichts: Sprachrohr Hauser, Kanzler Kohl.

für einen entsprechenden Antrag der SPD-Opposition im Bundestag stimmen.

Da trat Hinskens Krefelder Zunftbruder Hansheinz Hauser, als Fraktionsvize auch dem Ganzen verpflichtet, mit einem Kompromißvorschlag auf den Plan: „Die Steuerpolitik der nächsten Legislaturperiode“ müsse „die Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes unter Verwendung mittelstandsspezifischer Steuermaßnahmen verbessern“. Heilfroh, einen Eklat vermeiden zu können, stellten die Unionsabgeordneten ihren Mittelständlern den Scheck auf die Zukunft aus.

Als Bonner Outsider entlarvt sich da Franz Steinkühler, wenn der Gewerkschaftsführer mit der Attacke gegen die „Koalition von Kabinett und Kapital“ die Vorherrschaft von Konzernen und Hochfinanz suggeriert. Und gar das Mittelstandsmagazin „Impulse“ strickt, statt freudig seinen Lesern die Stärke der eigenen Lobby zu enthüllen, absichtsvoll an der alten Ohnmachtsmaschine: „Warum sich der Mittelstand im Bundestag nicht durchsetzen kann“.

Auch wenn sich die Bonner Bürokraten wie üblich nur langsam auf die neuen Verhältnisse ausrichten: Die Handwerker und Kaufleute, die

Rechtsanwälte und Architekten in der CDU und CSU haben sich im Regierungslager zur ebenso lautlos effektiven wie höchst einflußreichen politischen Kraft gemausert. Sie setzen hartleibigen Ministern und Ministerialen zu – geradezu mit Passion dem Wirtschaftsressort, dessen Chef, Martin Bangemann, als „Großwirtschaftsminister“ denunziert wird. Sie treiben den Kanzler in Händel mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, wie im Fall des Streikparagrafen 116 (Arbeitsförderungsgesetz). Den ihnen eigenen Gewerfleiß verwenden die Mittelständler darauf, Kohls Versprechen einer Wende eine besondere Wendung zu geben: Im Wirtschaftsrecht schließen sie hier einen löchrigen Schutzzaun und errichten dort einen neuen. Im Steuerrecht verankern sie ein Privileg nach dem anderen.

Auf dem Weg in eine Zwei-Klassen-Wirtschaft von den kleinen Guten und den großen Bösen kann der harte Kern recht unbekannter Vordenker und Anstifter wie Hauser auf eine stattliche Schar von prominenten Helfern und Sympathisanten bauen – zumal an Kohls Kabinetttisch. Von denen hat Christian Schwarzschilding besonders erfolgreich ins mittelständische Horn geblasen. Der Postminister verteilt die Hälfte seiner Aufträge (1985 rund 18 Milliarden Mark) an mittelständische Firmen. Im gleichen Fahrwasser bewegt sich Werner Dollinger, Ressortchef Verkehr. Heinz Riesenhuber schant den Kleinen zwischen 25 und 29 Prozent des Forschungsetats zu, obwohl ihr Anteil am gesamten Aufwand der Wirtschaft hierfür allerhöchstens 16 Prozent ausmacht.

Außerdem dokumentieren die Kohl-Gehilfen Oscar Schneider, Jürgen Warnke, Dorothee Wilms und Friedrich Zimmermann enge Bande durch ihre Mitgliedschaft im Diskussionskreis Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion, dem Hauser vorsteht. Auf dem Papier steht der Zusammenschluß nur als einer neben fünf sozialen Gruppen. Allerdings zählt er mit 131 Abgeordneten die meisten Mitglieder und zugleich die Mehrheit der 253 Unionsparlamentarier. Sie dominieren die Arbeitsgruppe Wirtschaft und besetzen 15 von 16 Unionsitzen im Wirtschaftsausschuß. ▶

CDU/CSU-Mittelständler

Doch erst das effektive Management des Geschäftsführers des Kreises Peter Spary formiert den „Haufen heterogener Interessen“ (so ein Mitarbeiter aus der Fraktionsspitze) zu einem schlagkräftigen Instrument. Die Machtposition der parlamentarischen Speerspitze wird obendrein dadurch verstärkt, daß der umtriebige Mittvierziger in Personalunion als Hauptgeschäftsführer die in den Unionsparteien verankerte Mittelstandsvereinigung dirigiert – „die große Vereinigung des kleinen Geldes“ (Spary).

Dem Wirtschaftsrat der CDU dagegen, dem Klub des großen Geldes, fehlen sowohl ein gleichstarker Anschluß an die Partei als auch ein kräftiger Arm in der Fraktion. Dort steht sein Geschäftsführer Rüdiger von Voss ziemlich allein auf weiter Flur. Er selbst hat kein Rederecht. Dem Wirtschaftsrat verbundene Abgeordnete ballen – anders als ein Philipp von Bismarck oder Haimo George in den siebziger Jahren – „lieber still die Faust in der Tasche, als den Mund aufzumachen“, schildert ein Beobachter. Zwar verlor der Wirtschaftsrat sein Sprachrohr in der Fraktion, aber die direkten Kontakte

des Kanzlers mit Lenkern der Großwirtschaft werden mißtrauisch beobachtet.

„Uns hat Kohl noch nie zum Abendessen in den Bungalow geladen“, nörgelt Professor Gerhard Zeitel, Bundesvorsitzender der Mittelständler. Doch in der Fraktion, spätestens in der Partei scheitern oft die an der Spitze von den Wirtschaftsgrößen eingespeisten Wünsche am lautlosen Management der Mittelständler.

So schoben sie der Senkung des Spitzensteuersatzes von 56 auf unter 50 Prozent einen Riegel vor, vom Bundesverband der Deutschen Industrie und von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg gleichermaßen angepeilt. Auf dem Parteitag der CDU setzten ihre Delegierten den Beschluß durch: „Ein Entscheidungserfordernis über den Spitzensteuersatz besteht nicht.“ Dahinter steht das Kalkül, das frei werdende Volumen für eine um so kräftigere Entlastung des Mittelstandes zu verwenden.

Den Verbandsegoismus kaschieren ihre Repräsentanten mit „schwarzem Weihrauch“ (so der Grüne-MdB Norbert Mann). Bäcker Hauser pflegt die Nation zu belehren: „Der Mittelstand ist ein wichtiger, prägen-

der und stabilisierender Faktor unserer freiheitlichen Gesellschaft.“

Weniger die Ideologie als die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen sprechen für die Zukunft des Mittelstandes. Er profitiert von der Miniaturisierung der Technik, der individuelleren Nachfrage und geringeren sozialen Folgekosten seiner Produktion im Vergleich zu industriellen Agglomerationen.

Kein Wunder, daß auch die Grünen und die Sozialdemokraten die Selbständigen für sich entdeckt haben. Nach Berechnungen von CDU-Manager Spary geht es bei dieser Bundestagswahl bereits um ein Potential von acht Millionen Stimmen.

Das Werben der anderen Parteien stärkt natürlich die Position der bereits 35 000 organisierten Mittelständler. Zunächst wehrte sich Chefstrategie Heiner Geißler gegen weitere Zugeständnisse: „Die Mittelständler müßten ja Tinte gesoffen haben, wenn sie nicht die Union wählen.“ Aber die Landtagswahl in Bayern muß ihn alarmieren. Dort gab gar mancher Selbständige den rechten Republikanern seine Stimme. Flugs machte dafür Verlierer Franz Josef Strauß die seiner Meinung nach verfehlte Mittelstandspolitik in Bonn verantwortlich.

Solche Urteile von Mittelstands-Sympathisanten wie Strauß sind wenige Wochen vor der Kanzlerwahl nicht für bare Münze zu nehmen. Nach den Spielregeln im Gerangel um Sacherfolge und Posten muß jeder mit der Reklamation von Nachholbedarf bereits jetzt im Vorfeld die entscheidenden Zugeständnisse festklopfen lassen. Konsequenter stellt dann Chef-Mittelständler Zeitel das Licht des Erreichten unter den Scheffel. „Ich bin unzufrieden“, sagt er und fordert dann Fortschritte in den Kernbereichen Steuern, Kartellrecht und Lohnnebenkosten sowie mehr personellen Einfluß im Wirtschaftsministerium.

Die dicken Bretter haben die Mittelständler offensichtlich gut vorgebohrt. Von Kanzler Kohl hat Zeitel zumindest schon eine allgemeine Zusage: „Jetzt kommt ihr dran.“

Noch stärker?

Rainer Hübner

Bilanz einer Lobby.

Die Mittelständler der CDU und CSU drückten der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der zu Ende gehenden Legislaturperiode ihren Stempel auf. Sie verschafften beispielsweise ihrer Klientel

- Steuererleichterungen wie einen Freibetrag bei der Vermögensteuer, eine Sonderabschreibung für neue Anlagengüter, einen doppelt so hohen Freibetrag bei Betriebsveräußerungen im Alter;

- Nachfragevorteile für bessere Geschäfte, vor allem im Baugewerbe, durch günstigere Abschreibungen für Wirtschaftsgebäude und durch Aufstocken der Gelder für



Chef-Lobbyist Spary.

den Städtebau;

- Kapitalhilfen wie eine Ansparförderung für neue Existenzen und einen besseren Zugang zu den Kapitalmärkten.

Sie hemmten beispielsweise lästige Wettbewerber

- aus dem öffentlichen Dienst (Ingenieure, Architekten), denen eine Novelle des Dienstrechts Nebentätigkeiten erschwert;
- aus dem kapitalstarken Handel, den eine erweiterte Definition von unlauterem Wettbewerb, ein festgezurter Ladenschluß und ein Bauverbot für Supermärkte am Stadtrand bremsen.